

Rettet das Friedensprojekt Europa!

Für Frieden. Für Menschenrechte. Für Europa

„Highlights“ und Unterschiede in den Antworten auf die acht Fragen:

- 1. Werden Sie sich in Ihrer (zukünftigen) Funktion als Mitglied des Europäischen Parlamentes gegen die Förderung von Rüstungsforschung und -entwicklung im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds aus dem Gemeinschaftshaushalt der Europäischen Union in der vorgesehenen Höhe von 13 Mrd. Euro in der Laufzeit des neuen Mehrjährigen Finanzrahmens von 2021 – 2027 einsetzen?*

ÖVP: Der Europäische Verteidigungsfonds ist zentrales Mittel zur Stärkung einer integrierten und wettbewerbsfähigen verteidigungstechnologischen Basis der EU.

SPÖ: Ja. Wir werden den Fonds auch in den weiteren Lesungen ablehnen.

Grüne: Wir lehnen entschieden ab, dass diese Rüstungssubventionen sogar in die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und bewaffneten Drohnen investiert werden dürfen. (...) Für welche konkreten Projekte die 13 Mrd. EUR ausgegeben werden, darüber wird das EP skandalöserweise kein Mitspracherecht haben.

NEOS: NEOS setzen sich für mehr europäische Kooperation bei der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ein. Die Einrichtung eines Europ. Verteidigungsfonds halten wir daher für sehr sinnvoll. (...) was auch Geld einspart.

Initiative „1Europa“: Vor einer Entscheidung zu einem „EU Verteidigungs- und Sicherheitsbudget“ sind wesentliche Voraussetzungen zu klären: Bildung einer souveränen/autonomen gemeinsamen Außenpolitik, keine militärische Handlung ohne Zustimmung des EU Parlaments, Prüfung der Alternative (Art. 50 UNO Charta [?]), EU regionales kooperatives Sicherheitssystem, neue Beziehung bzw. Redefinition zur NATO notwendig. [Auch bei Frage 2, 3 und 7]

- 2. Werden Sie sich für eine weiterhin eigenständige Finanzierung sowie die Stärkung des Entwicklungsfonds und der Instrumente für Stabilität und Frieden, für Demokratie und Menschenrechte und für Nachbarschaftshilfe einsetzen, um die Finanzierung von Programmen der zivilen Krisenprävention und der Menschenrechte nicht zu gefährden, sondern auszubauen?*

ÖVP: Der Ausbau der Hilfe vor Ort, um Menschen in ihren Heimatländern Perspektiven zu geben, ist ein wichtiger Schwerpunkt unserer Europapolitik. Österreich leistet mit den Geldern aus der Entwicklungszusammenarbeit und dem Auslandskatastrophenfonds bereits wichtige Hilfe für von Kriegen und Krisen betroffene Länder. (...) Dabei ist auch ein besonderes Augenmerk auf die Einhaltung von Menschenrechten sowie den Aufbau demokratischer Strukturen zu legen.

SPÖ: Ja. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen mehr finanzielle Mittel für eine menschenrechtsorientierte Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen. Wir setzen uns für eine friedensorientierte – nicht militärisch, sondern v.a. zivil geprägte – europ. Außenpolitik ein. Programme der zivilen Krisenprävention sind fester Bestandteil dieser Politik.

Grüne: Wir lehnen die Öffnung des Instruments für Stabilität und Frieden für militärische Zwecke ab. (...) Deswegen haben wir eine Verdoppelung der Mittel im Bereich der zivilen Krisenprävention gefordert.

NEOS: Ja. Wir setzen uns zusätzlich für eine Erhöhung der Entwicklungszusammenarbeit und eine Vergemeinschaftung dieser Mittel ein.

1Europa: Ja. Die Krisenprävention in der EU ist zwischen militärisch und zivil gekoppelt und hat eine gewisse Interdependenz (PESCO).

KPÖ Plus: Ja. Diese Instrumente sollten ausgebaut werden. Eine aktive Friedenspolitik liegt uns sehr am Herzen.

3. *Werden Sie sich im Europaparlament, z.B. in den Haushaltsberatungen oder im Falle einer Änderung der EU - Verträge, für die Entwicklung und Finanzierung handlungsfähiger Strukturen für die Krisenfrüherkennung, Konfliktbeilegung und Nachsorge im Rahmen der Gemeinsamen Außen - und Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) einsetzen, die eine nachhaltige Stärkung der zivilen Dimension der GSVP zum Ziel hätten?*

ÖVP: Wir wollen, dass Europa nach außen geeint auftritt und seine Interessen, aber auch seine Werte und Prinzipien selbstbewusst vertritt. (...) Deshalb wollen wir, dass in außenpolitischen Fragen Entscheidungen in Zukunft nicht mehr einstimmig getroffen werden müssen. Auf dieser Grundlage soll bei Einsätzen der Konfliktbeilegung und Friedenserhaltung der zivilen Dimension eine angemessene Bedeutung zukommen.

SPÖ: Ja. Wir müssen uns weltweit für Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Eindämmung von Kleinwaffen einsetzen. Die EU soll sich aktiv für die Überwindung kriegerischer Konflikte einsetzen und deren friedliche Beilegung unterstützen. (...) Um wichtige und sensible Infrastrukturen (...) vor Angriffen über das Internet zu schützen, muss die EU eine gemeinsame und schlagkräftige Cyberabwehr aufbauen.

Grüne: Europa muss viel aktiver nach friedlichen Lösungen für bewaffnete Konflikte suchen. Deswegen wollen wir die Mittel und das Personal, z.B. für die EU-Polizei und Rechtsstaatmissionen, deutlich erhöhen. Auch die Kapazitäten für Frühwarnung und Mediation wollen wir ausbauen und zivilgesellschaftliche Organisationen stärker einbinden.

NEOS: Ja. NEOS setzen sich zwar für eine Europäische Armee ein, allerdings muss klar sein, dass es sich dabei um ein letztes Mittel handelt. Wir sind absolut dafür, in den Ausbau aller zur Verfügung stehenden zivilen, diplomatischen etc. Mittel zu investieren, die einen Konflikt verhindern oder vor Eskalation beenden.

KPÖ Plus: Ja. Eine aktive Friedenspolitik liegt uns sehr am Herzen. Die vorhandenen Mittel in der EU dafür gehören ausgebaut.

4. *Werden Sie sich – angesichts der hohen Opferzahlen durch Kleinwaffen – für ein EU-weites Exportverbot von Kleinwaffen und der zugehörigen Munition an Länder außerhalb der EU einsetzen?*
5. *Werden Sie sich auf EU - Ebene für mehr Transparenz und einheitliche Berichtspflichten für die Mitgliedsstaaten, die die Rechenschaftspflicht für strittige Exporte einschließt, einsetzen?*
6. *Werden Sie sich für Mechanismen wie etwa Sanktionen einsetzen, um die konsequente Auslegung und einheitliche Umsetzung der Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts durch die Mitgliedsstaaten zu gewährleisten?*

ÖVP: Für Verbote gibt es in der EU die Möglichkeit Waffenembargos durch EU Sanktionen zu beschließen. Darüber hinaus setzen wir uns bei Exporten für Kleinwaffen und Munition dafür ein, dass die Standards in ganz Europa auf die sehr strengen, nationalen österreichischen Standards angepasst werden. Transparenz ist ein wichtiger Aspekt bei Waffenexporten. Hier gibt es bereits bestehende Verpflichtungen auf EU Ebene (Übermittlung von Daten für jährliche Berichte; monatlicher Konsultationsmechanismus). Dies unterstützen wir...

SPÖ: Wir werden uns für ein europaweites Kriegsmaterialengesetz nach österreichischem Vorbild einsetzen. D.h. für ein vollständiges Waffenexportverbot in Staaten, die in kriegerische Konflikte involviert sind oder Menschenrechte systematisch verletzt werden. Die Berichtspflicht muss vereinheitlicht werden. (...) Neben der generellen Umstellung von der Einstimmigkeit zu Mehrheitsentscheidungen muss daher gelten: Gemeinsam getroffene Beschlüsse/Gemeinsame Standpunkte müssen auch von allen eingehalten werden.

Grüne: Aufgrund dieser hohen Opferzahlen fordern wir ein EU-weites Exportverbot für Kleinwaffen, das strikt durchgesetzt wird. Wir fordern die Einstellung von Waffenexporten an Diktatoren und Kriegsparteien. Da viele Rüstungskonzerne über Grenzen hinweg eng zusammenarbeiten, braucht es

eine effektive, strenge und gemeinsame Rüstungsexportkontrolle der EU. Die geltenden europäischen Regeln zu Waffenausfuhrkontrollen werden von den EU-Mitgliedstaaten systematisch missachtet (z.B. Saudi-Arabien).

NEOS: Wir setzen uns für eine Vergemeinschaftung der Rüstungsexportkontrolle ein. Wir wollen strenge, europäische Regeln, die für alle Mitgliedstaaten gleich sind und sich an den europäischen Werten und den Zielen der europäischen Außenpolitik orientieren. Wir wollen keine Rüstungsexporte irgendeiner Art an Diktatoren.

1Europa: Die Waffenexportkontrollen ebenso wie gewisse nationale Spezifika im Waffenrecht unterliegen der Rechtsordnung der Mitgliedsstaaten. Es bestehen bereits Exportverbote. Diese werden durch Lizenzherstellungen in Drittländern unterlaufen (z.B. D, F, A). Die Problematik ist nicht durch die EU alleine lösbar, das ginge nur im Zusammenwirken mit der UNO und den großen, Waffen produzierenden Ländern. Es geht auch darum, die vielen „ungesicherten“ Waffenbestände aufgrund der Konflikte (z.B. Libyen, Syrien, Irak, Pakistan, Tschetschenien) „einzufangen“.

KPÖ Plus: Ja. Wir sind überdies nicht nur für ein Kleinwaffenverbot, sondern für ein komplettes Exportverbot von Waffen aus der EU, sowie eine genauere Kontrolle beim Export von Dual-Use-Gütern.

- 7. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Neutralität Österreichs, die im Zuge der jüngsten Entwicklungen der militärischen Zusammenarbeit in der EU zunehmend an den Rand gedrängt wird, erhalten bleibt bzw. in die Ausgestaltung der Sicherheitspolitik der Europäischen Union eingebracht wird?*

ÖVP: Es ist klar, dass sich Europa selbst verteidigen können muss. (...) wichtig ist für uns dabei aber, dass bei aller Kooperation Rücksicht auf die rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten der einzelnen Staaten genommen wird. Das trifft im Besonderen auf die Neutralität Österreichs zu, zu der wir uns ganz klar bekennen.

SPÖ: Die immerwährende Neutralität Österreichs muss in jedem Fall erhalten bleiben. Als militärisch neutrales Land kann Österreich auch für die EU wichtige außenpolitische Aufgaben übernehmen, etwa als Vermittler zwischen Konfliktparteien. Aber auch die EU insgesamt sollte ihre Außenpolitik nach den Prinzipien von Humanität und aktiver Neutralität ausrichten, d.h. bei Unrecht nicht wegzuschauen, sondern auf zivile Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik zu setzen.

Grüne: Wir werden weiterhin der Aushöhlung der Neutralität Österreichs entgegenzutreten. Wir bewerten die Beteiligung Österreichs an der „Permanenten Strukturierten Zusammenarbeit“ der EU im Verteidigungsbereich sehr kritisch, weil sie die EU-Mitgliedsländer zur laufenden Erhöhung der Verteidigungsausgaben anhält. Dieser Weg der EU-Militärkooperation setzt die Neutralität aufs Spiel.

NEOS: Die Neutralität ist leider kein Sicherheitsgarant. Für uns ist sie ein überholtes Konzept, europäische Solidarität geht vor. Wir sind aber gegen einen NATO-Beitritt, weil uns die Eigenständigkeit und die Kontrolle einer europ. Verteidigungsstruktur durch das EP stark am Herzen liegt.

1Europa: Die Neutralität Österreichs, eines der wenigen „Nicht-NATO Mitglieder“ in der EU, ist ein zentrales Instrument der Einflussnahme auf ein künftiges gemeinsames europäisches Sicherheitssystem. Erste Versuche der EU-Zusammenarbeit bieten Projekte wie z.B. in PESCO. Gemeinsame EU-Armee: NEIN. Bei Maßnahmen der GASP und GSVP soll weiterhin das Einstimmigkeitsprinzip gelten.

KPÖ Plus: Wir sind für die Beibehaltung der Neutralität und sehen sie auch als anstrebenwertes Modell für die gesamte EU. Wir wollen uns im EU-Parlament dafür einsetzen, dass die österreichische Neutralität gestärkt und als Instrument für eine konfliktvermeidende und vermittelnde europäische Außenpolitik genutzt wird.

- 8. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die EU ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen (Recht auf Asyl, Art. 14 AEMR) gegenüber Menschen auf der Flucht vor Kriegen, Gewalt und Umwelt- bzw. Klimakatastrophen nachkommt und dass legale Möglichkeiten der Migration*

geschaffen werden, sodass niemand mehr im Mittelmeer oder auf dem Weg nach Europa umkommt?

ÖVP: Alle Mitgliedstaaten müssen sich an gemeinsam vereinbarte Regeln und unsere europäischen Grundrechte halten. Es ist daher selbstverständlich, dass Ertrinkende im Mittelmeer gerettet werden müssen. Das kriminelle Schlepperwesen bekämpfen und das Sterben im Mittelmeer beenden können wir aber nur, wenn Gerettete nicht automatisch weiter nach Europa gelangen. Dafür brauchen wir die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Transitländern (z.B. Ägypten). (...) Darüber hinaus braucht es legale Wege nach Europa...

SPÖ: Wir brauchen in der EU eine einheitliche Asyl- und Migrationspolitik, mit sicheren Fluchtwegen und legalen Migrationsmöglichkeiten. Eine gemeinsame Europäische Seenotrettung soll verhindern, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken. (...) Um Flucht- und Migrationsursachen nachhaltig beseitigen zu können, müssen wir zudem wirkungsvolle Maßnahmen zum Klimaschutz in der EU umsetzen und im globalen Süden unterstützen. Neben einer kohärenten Entwicklungs- und Friedenspolitik brauchen wir auch eine kohärente Handelspolitik.

Grüne: Das Recht auf Asyl ist nicht verhandelbar. Wir wollen eine europäische Asylpolitik, die auf Solidarität, Menschlichkeit und geordneten Prozessen basiert. Europa muss legale und sichere Fluchtwege schaffen; dafür wollen wir Umsiedlungen ausbauen und humanitäre Visa für Flüchtlinge in Drittländern einführen.

NEOS: Absolut. Wir dürfen Sie diesbezüglich auf unsere Vorschläge im Kapitel „Asyl und Migration“ unseres EU-Wahlprogramms hinweisen (<https://europa.neos.eu>).

1Europa: Ja, die Charta der Grundrechte der EU formuliert es noch stärker als die EMRK.

Völkerrechtliche Vereinbarungen verpflichten die Mitgliedsländer der EU zur Einhaltung dieser Rechte. Auch das Internat. Seerecht verpflichtet die Küstenstaaten zur Seenotrettung. Frontex unterstützt diese Maßnahmen. (...) Es muss legale Wege für Flüchtlinge und Asylsuchende gem. UNO geben, wozu es wiederum Voraussetzungen in der EU bedarf: Bildung einer souveränen und autonomen gemeinsamen Außenpolitik unter EU-Parlament-Kontrolle sowie eine einheitliche Asyl- und Migrationspolitik. (...) Angesichts der zunehmenden Migrationsströme eben aus Krisengebieten (Kriege und Umwelt) sehen wir es als vorrangig die Ursachen zu sanieren (Ende des Postkolonialismus, EU-Fischerei- und Handelsverträge, Erhöhung der Entwicklungshilfe, Bildung...)

KPÖ Plus: Ja. Unsere Kernthemen im Wahlkampf sind: Stopp dem Massenmord im Mittelmeer – für sichere Fluchtmöglichkeiten nach Europa, sowie die Klimakrise, deren Bewältigung auf gesellschaftlicher Ebene einen grundlegenden Systemwechsel weg von der herrschenden Profitlogik bedingt.